Geschäftsbericht 2010

Bundesverwaltungsgericht

Einleitung 70
Zusammensetzung des Gerichts 71
Gerichtsorganisation 74
Kommissionen 75
Geschäftslast 76
Koordination der Rechtsprechung 78
Gerichtsverwaltung 79
Aufsicht 81
Zusammenarbeit 82
Projekt St. Gallen 82
Geschäftslastbewirtschaftung 83
Statistiken 84

Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichts 2010

27. Januar 2011

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2010.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesverwaltungsgerichts

Der Präsident: Markus Metz
Die Generalsekretärin a.i.: Placida Grädel

Einleitung

Der im Juni 2010 erschienene Zwischenbericht zur Evaluation der neuen Bundesrechtspflege zeigt, dass das Bundesverwaltungsgericht bereits in seinen ersten Betriebsjahren einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Reformziele leisten konnte. Die Qualität der Rechtsprechung hat sich im Vergleich zu den Vorgängerorganisationen verbessert. Die Beschwerden an das Bundesgericht im Bereich des öffentlichen Rechts haben abgenommen. Das Bundesverwaltungsgericht konnte einen Beitrag zur angestrebten Entlastung des Bundesgerichts leisten. Mit Blick auf die beiden anderen Ziele – Verbesserung des Rechtsschutzes und Vereinfachung der Verfahren und Rechtswege – werten die Befragten der eidgenössischen Gerichte, der Bundesstellen, der interessierten Organisationen und die Anwaltschaft die Schaffung des Bundesverwaltungsgerichts als sehr positiv.

In seinem vierten Geschäftsjahr erreichte das Bundesverwaltungsgericht eine weitere Reduktion der Pendenzen. Die von den Vorgängerorganisationen übernommenen Beschwerden wurden beinahe vollständig abgebaut. Die im Jahr 2007 anhängig gemachten Verfahren konnten ebenfalls weitgehend abgeschlossen werden. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 9155 Verfahren erledigt. Von diesen waren 2311 (25%) beim Bundesgericht anfechtbar. Tatsächlich weitergezogen wurden 353 (15%) der beschwerdefähigen Urteile.

Damit das Bundesverwaltungsgericht auch in Zukunft eine effiziente und qualitativ hochwertige Rechtsprechung garantieren kann, wurden im Berichtsjahr verschiedene Projekte weiterverfolgt. Mit der neuen IT-Plattform und der neuen Geschäftskontrolle sollen die Richterinnen und Richter sowie ihre Mitarbeitenden ab 2011 technisch optimal unterstützt werden. Zur Sicherstellung eines nachhaltigen Einsatzes und einer gerechten Verteilung der Ressourcen wurde während sieben Monaten die Arbeitslast aller in der Rechtsprechung tätigen Personen erhoben. Zusätzlich wurden mit 24 Personen Interviews geführt, die Aufschluss darüber geben sollen, welche Verbesserungen im Gerichtsbetrieb noch möglich sind. Die Resultate dieser von den Universitäten Bern und St. Gallen durchgeführten Studie zur Geschäftslastbewirtschaftung werden Mitte 2011 vorliegen.

Der Gerichtsbetrieb hat sich nach einer Aufbauphase so weit konsolidiert, dass die mit dem Umzug nach St. Gallen verbundenen Herausforderungen bewältigt werden können. Im Oktober fand das Fest zur Aufrichte des neuen Gerichtsgebäudes statt. Das Gericht wird seinen Sitz ab Juni 2012 in St. Gallen haben.

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Präsident:	Christoph Bandli
Vizepräsident:	Markus Metz

Verwaltungskommission

Präsident:	Christoph Bandli
Mitglieder:	Markus Metz
	Bruno Huber
	Claude Morvant
	Bendicht Tellenbach

Präsidentenkonferenz

Präsident:	Alberto Meuli, Präsident Abteilung III
Mitglieder:	Lorenz Kneubühler, Präsident Abteilung I
	Bernard Maitre, Präsident Abteilung II
	Claudia Cotting-Schalch, Präsidentin Abteilung IV
	Walter Stöckli, Präsident Abteilung V

Stab Leitungsorgane

Generalsekretärin:	Prisca Leu (bis 31.10.)
Stellvertreterin:	Placida Grädel-Bürki (ab 1.11. Generalsekretärin a.i.)

Abteilungen

Abteilung I

Präsident:	Lorenz Kneubühler
Mitglieder:	Christoph Bandli
	Michael Beusch
	Jérôme Candrian
	Alain Chablais
	Daniel de Vries Reilingh (ab 1.3. – befristet bis 31.10.11)
	Kathrin Dietrich
	Beat Forster
	Markus Metz
	Pascal Mollard
	André Moser
	Claudia Pasqualetto Péquignot
	Daniel Riedo
	Marianne Ryter Sauvant
	Thomas Stadelmann (bis 31.3.)
	Charlotte Gabrièle Schoder (ab 1.4. – befristet bis 31.10.11)
	Salome Zimmermann

Abteilung II

Präsident:	Bernard Maitre
Mitglieder:	Maria Amgwerd
	David Aschmann
	Jean-Luc Baechler
	Stephan Breitenmoser
	Francesco Brentani
	Ronald Flury
	Vera Marantelli
	Claude Morvant
	Eva Schneeberger
	Frank Seethaler
	Marc Steiner
	Hans Urech
	Philippe Weissenberger

Abteilung III

Präsident:	Alberto Meuli (bis 31.12.)
Mitglieder:	Elena Avenati-Carpani
	Ruth Beutler
	Jean-Daniel Dubey
	Johannes Frölicher
	Madeleine Hirsig-Vouilloz
	Antonio Imoberdorf
	Stefan Mesmer
	Francesco Parrino
	Michael Peterli
	Franziska Schneider
	Marianne Teuscher
	Andreas Trommer
	Vito Valenti
	Bernard Vaudan
	Blaise Vuille
	Beat Weber

Abteilung IV

Präsidentin:	Claudia Cotting-Schalch
Mitglieder:	Pietro Angeli-Busi
	Gérald Bovier
	Daniele Cattaneo
	Robert Galliker
	Fulvio Haefeli
	Walter Lang
	Blaise Pagan (bis 31.12.)
	Gérard Scherrer
	Daniel Schmid
	Hans Schürch
	Nina Spälti Giannakitsas
	Bendicht Tellenbach
	Thomas Wespi
	Martin Zoller

Abteilung V

Präsident:	Walter Stöckli
Mitglieder:	Emilia Antonioni Luftensteiner
	François Badoud
	Muriel Beck Kadima
	Maurice Brodard
	Jenny de Coulon Scuntaro
	Gabriela Freihofer
	Kurt Gysi
	Bruno Huber
	Markus König
	Christa Luterbacher
	Jean-Pierre Monnet
	Regula Schenker Senn

Im Berichtsjahr haben Charlotte Schoder und Daniel de Vries Reilingh ihre Tätigkeit in der Abteilung I aufgenommen. Sie wurden von der Bundesversammlung am 9. Dezember 2009 zur Bewältigung der Beschwerdeeingänge im Zusammenhang mit dem Amtshilfegesuch der USA in Sachen UBS AG gewählt. Ihre Stellen sind bis am 31. Oktober 2011 befristet.

Thomas Stadelmann wurde am 9. Dezember 2009 an das Bundesgericht gewählt. Er verliess das Bundesverwaltungsgericht am 31. März. Alberto Meuli trat per 31. Dezember in den Ruhestand. Die Generalsekretärin, Prisca Leu, verliess das Gericht per 31. Oktober. Ihre Stelle wurde ad interim von Placida Grädel übernommen.

Auf Antrag des Gesamtgerichts wählte die Bundesversammlung am 16. Juni den bisherigen Vizepräsidenten Markus Metz als Präsidenten und Richter Michael Beusch als Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsgerichts für die Amtsperiode 2011/2012. Das Gesamtgericht wählte am 26. August Bendicht Tellenbach (Abteilung IV, bisher), Jean-Luc Baechler (Abteilung II, neu) und Vito Valenti (Abteilung III, neu) für die Amtsperiode 2011/2012 in die Verwaltungskommission. Claude Morvant hatte nicht für eine zweite Amtsperiode kandidiert, Bruno Huber schied wegen Amtszeitbeschränkung aus der Verwaltungskommission aus. Am 9. Dezember wurde Jürg Felix gemäss dem Antrag der Verwaltungskommission vom Richterplenum als neuer Generalsekretär angestellt.

Gerichtsorganisation

Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu fünf ordentlichen Sitzungen in Bern oder in Zollikofen. Es befasste sich vorab mit verschiedenen Wahlgeschäften. Für die Zweijahresperiode 2011/2012 wurde der Wahlvorschlag für das Gerichtspräsidium verabschiedet und wurden die Mitglieder der Verwaltungskommission gewählt. Zudem wurden die Abteilungspräsidien gewählt und die Zusammensetzung der Abteilungen festgelegt.

Die Regelungen über die Heimarbeit der Richterinnen und Richter wurden vom Gesamtgericht aufgehoben. Die Richterinnen und Richter leisten Vertrauensarbeitszeit. Für das nichtrichterliche Personal wurden die Grundlagen zur Einführung der Telearbeit festgelegt und Richtlinien über die Aus- und Weiterbildung sowie Weisungen über die Arbeitszeit erlassen.

Im Märzplenum fand ein Podiumsgespräch mit drei akkreditierten Journalisten statt. Gesprächsgegenstand war die Information der Öffentlichkeit über die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Im Anschluss an die Oktobersitzung trafen sich die Richterinnen und Richter zu einer Retraite. Ziel der halbtägigen Klausur war die Erarbeitung einer Ethik-Charta.

Für das nächste Geschäftsjahr haben die Richterinnen und Richter erneut Jahresziele verabschiedet. Angestrebt wird u.a., dass Ende 2011 grundsätzlich keine Verfahren mehr hängig sein werden, die älter als drei Jahre sind.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission konnte ihren Sitzungsrhythmus im Berichtsjahr weiter reduzieren. Es fanden insgesamt 14 (2009: 18; 2008: 24) ordentliche Sitzungen statt, wovon eine gemeinsam mit der Präsidentenkonferenz durchgeführt wurde. Die Entlastung der fünf Mitglieder der Verwaltungskommission von der Rechtsprechung konnte entsprechend auf 125 Stellenprozente (bisher maximal 210) reduziert werden.

Gestützt auf das Quartalsreporting prüfte die Verwaltungskommission regelmässig, ob die gesetzten Jahresziele eingehalten werden konnten. Über den Stand der Geschäftslast hat sie sich von den Präsidien der Abteilungen einzeln Bericht erstatten lassen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Anstellung von juristischen Mitarbeitenden zu gewährleisten, beschloss die Verwaltungskommission verschiedene Lohnmassnahmen. Dazu gehören die Erhöhung der Anfangslöhne und die Höhereinreihung von einzelnen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern mit besonderem Anforderungsprofil. Die jährlichen Lohnerhöhungen werden neu von den Vorgesetzten gestützt auf die Personalbeurteilung und im Rahmen des Budgets individuell festgelegt. Im Zusammenhang mit dem Umzug nach St. Gallen traf die Verwaltungskommission verschiedene Massnahmen zur Personalerhaltung und -gewinnung (s. Projekt St. Gallen S. 82).

Schliesslich verabschiedete die Verwaltungskommission provisorische Richtlinien für die Kommunikation der Rechtsprechung (s. Öffentlichkeitsarbeit S. 80).

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz traf sich im Geschäftsjahr zu elf Sitzungen, zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Verwaltungskommission und zu zwei gemeinsamen Sitzungen mit dem Präsidium des Gerichts. Neben der Wahrnehmung der Koordinationsaufgabe (s. Koordination der Rechtsprechung S. 78) und der Verabschiedung von Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren (s. Vernehmlassungen S. 78) war die Präsidentenkonferenz auch mit der Koordination der Pflichtenhefte der Gerichtsschreiber sowie mit der Behandlung von Entwürfen mehrerer Richtlinien, Weisungen und Reglemente beschäftigt.

Kommissionen

Kommission des Gesamtgerichts

Die Kommission des Gesamtgerichts, welche sich im Berichtsjahr aus sechs Richterinnen und Richtern zusammensetzte, hat ihrem Auftrag entsprechend wichtige Geschäfte des Plenums wie etwa Änderungen der Weisungen betreffend die Arbeitszeit am Bundesverwaltungsgericht und der Richtlinien für die Aus- und Weiterbildung vorbereitet. In Zusammenarbeit mit dem Präsidialsekretariat konnte ein Weisungsentwurf zum Erlass und zur Änderung von Reglementen zuhanden der Verwaltungskommission verabschiedet werden. Zudem hat sie die Wahlen für die Besetzung der Kommission in der Amtsperiode 2011/2012 vorbereitet und zu Vorlagen der Verwaltungskommission betreffend die Telearbeit und das Archivierungsreglement Stellung genommen.

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission setzt sich aus einer Richterin oder einem Richter jeder Abteilung zusammen. Aufgrund der von den zuständigen Abteilungen eingereichten Vorschläge entscheidet sie über die Publikation der Urteile in der amtlichen Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE) und sorgt für eine abgestimmte und einheitliche Veröffentlichung. Im Berichtsjahr hat sich die Redaktionskommission zu 18 Sitzungen getroffen und 66 Entscheidungen veröffentlicht.

Schlichtungsstelle

Im Berichtsjahr wurden zwei Schlichtungsgesuche bei der Schlichtungsstelle eingereicht. Da die vom Konflikt betroffenen Richter die Teilnahme an einem Schlichtungsverfahren abgelehnt haben (vgl. dazu Art. 7 des Reglements über die Schlichtungsstelle des Bundesverwaltungsgerichts), verzichtete die Schlichtungsstelle in beiden Fällen auf die Durchführung von Schlichtungsgesprächen.

Personalkommission

Die Personalkommission hat sich im Berichtsjahr zu sechs Sitzungen getroffen. Sie befasste sich insbesondere mit den Massnahmen, welche die Mitarbeitenden im Hinblick auf den Umzug nach St. Gallen zum Verbleib am Gericht motivieren sollen. Weiter setzte sich die Kommission für eine ergonomische Einrichtung der Arbeitsplätze ein. Ein wichtiges Anliegen blieb der frühzeitige Einbezug in personalrelevante Entscheidungsprozesse. Die Eingaben der Kommission wurden von den Leitungsorganen oft berücksichtigt.

Beauftragte für Chancengleichheit

Die Beauftragten für Chancengleichheit gingen in Zusammenarbeit mit der Verwaltungskommission einer Eingabe nach, wonach bei der Leistungsbewertung für Gerichtsschreibende die männlichen Mitarbeitenden mit 100-Prozent-Pensum bevorzugt würden. Die Auswertung der Leistungsbeurteilungen seit 2007 zeigte jedoch, dass dies nicht der Fall war. Zwei weitere Eingaben sind noch hängig. Gegenüber der Verwaltungskommission nahmen die Beauftragten für Chancengleichheit zu vier Vorlagen Stellung.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 84 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 6935 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Von diesen stammten noch 440 von den vormaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten. Bis zum Jahresende gingen 8889 neue Beschwerden ein, denen 9155 abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle sank zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2010 um 266 (–4%). Aufgeschlüsselt nach den fünf Abteilungen ergibt sich folgendes Bild:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abteilung I Infrastruktur, Finanzen, Personal	**954**	**824**
Abteilung II Wirtschaft, Bildung, Wettbewerb	**373**	**404**[1]
Abteilung III Ausländer, Gesundheit, Sozialversicherungen	**2373**	**2559**[1]
Abteilung IV Asyl	**2897**	**3092**
Abteilung V Asyl	**2292**	**2276**
Gesamthaft (Abteilungen I–V)	**8889**	**9155**

[1] Die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme von der Abteilung II für die Abteilung III erledigten 34 Verfahren sind bei der Abteilung III als Erledigung ausgewiesen.

Abteilung I

Der Abteilung I standen aufgrund einer Vakanz sowie der Mitarbeit in Gremien des Gerichts erneut nur reduzierte Richterstellenprozente zur Verfügung. Demgegenüber nahmen zur Bearbeitung der erwarteten UBS-Amtshilfeverfahren eine Richterin und ein Richter mit insgesamt 180 Stellenprozenten sowie mehrere Gerichtsschreibende in befristeter Anstellung die Arbeit auf. Die Abteilung setzte sich für das Berichtsjahr den Abbau von Altfällen, die speditive Abwicklung der UBS-Amtshilfeverfahren sowie die Integration der neuen Mitarbeitenden zum Ziel. Die Abteilungsziele wurden erreicht. Die bis 2007 eingegangenen Fälle wurden bis auf einige begründete Ausnahmen (namentlich sistierte Verfahren) erledigt und es wurden Massnahmen getroffen, die insgesamt über 300 UBS-Amtshilfeverfahren zeitgerecht zu erledigen. Trotz einer bedeutenden Zunahme (+91%) der Beschwerdeeingänge erhöhte sich die Zahl der hängigen Verfahren nur moderat (+24%).

Die Abteilung fällte vielbeachtete Urteile in den UBS-Amtshilfeverfahren. In einem Leitentscheid wurde festgehalten, mit Bezug auf Fälle der fortgesetzten und schweren Steuerhinterziehung genüge das im Jahr 2009 mit den USA abgeschlossene Abkommen nicht als Grundlage für die Auslieferung von Kundendaten an die USA. Nach der Genehmigung des 2010 zusätzlich abgeschlossenen Abkommens durch das Parlament wurde die Amtshilfe in einem weiteren Pilotfall als nunmehr rechtmässig befunden. Weiter entschied die Abteilung über Staatshaftungsansprüche aufgrund des Flugzeugabsturzes in Überlingen und fällte Urteile zur Regulierung des Elektrizitätsmarktes mit Grundsatzcharakter.

Abteilung II

Im Berichtsjahr wurden die am Jahresanfang definierten quantitativen Abteilungsziele grösstenteils erreicht. Die Beschwerden aus den Jahren 2007 und 2008 konnten mit wenigen Ausnahmen erledigt werden. Zudem konnten die von der Abteilung III im Jahre 2009 übernommenen rund 90 IV/AHV-Dossiers alle entschieden werden. Da die Abteilung III im nächsten Jahr eine Richterstelle an die Asylabteilungen abgeben muss, hat sich die Abteilung II erneut bereit erklärt, die Abteilung III in der Fallerledigung zu unterstützen.

Verschiedene Urteile der Abteilung erlangten eine hohe Publizität. Zu erwähnen sind namentlich die Aufhebung der höchsten von der Wettbewerbskommission je ausgesprochenen Busse (Swisscom) und das Urteil im Bereich der Finanzmarktaufsicht zur rechtswidrigen Herausgabe von Bankkundendaten an US-Behörden. Zu Grundsatzurteilen kam es im Rahmen von kartellrechtlichen Sanktions- und Verbotsverfahren (Marktmachtmissbrauch bei Vermittlerkommissionen, vorsorgliche Massnahmen zur Kreditkarten-DMIF-II, Submissi-

onskartell im Strassenbau), im Bereich des Offenlegungsrechts (Sulzer), des Übernahmerechts (Quadrant) und des Arbeitnehmerschutzes (Nachtarbeit in Tankstellenshops und im Detailhandel). Rechtlich komplexe Fragestellungen galt es u.a. auch bei der Revisionsaufsicht (Entzug der Zulassung, Gewährsprüfung), im Bereich des geistigen Eigentums (Dienstleistungsformmarke, Schutzzertifikate, Public-viewing-Tarif «GT 3c»), des Prüfungswesens und der Spielbanken («Tactilo») zu beurteilen.

Abteilung III

In der Abteilung III sind die Eingänge gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen (–6%). Der Pendenzenberg aus den Vorjahren konnte leicht und stetig abgebaut werden. Wie im Vorjahr wurde eine erhebliche Anzahl materieller, zeitintensiver Altbeschwerden entschieden, was den eher mässigen Abbau der Pendenzen erklärt.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Kammer 1 liegt weiterhin in der Behandlung von Beschwerden im Bereich der Sozialversicherungen. Die Kammer 1 konnte auf die bereits im Frühjahr 2009 eingeleitete und im Verlaufe des Berichtsjahrs abgeschlossene Aushilfe der Abteilung II zurückgreifen. Im gemeinsamen Evaluationsbericht vom 31. Mai 2010 wurde festgehalten, dass die involvierte Richterschaft beider Abteilungen die gute abteilungsübergreifende Zusammenarbeit geschätzt hat und die Entlastungsmassnahme ohne nennenswerte Einschränkungen gegriffen hat. Der Kammer 2 gelang es, den Pendenzenberg geringfügig abzubauen. Die von den Vorgängerorganisationen übernommenen Verfahren wurden weitestgehend erledigt. Im Zusammenhang mit den eingetretenen Rechtsänderungen (Ausländergesetz, Schengen) stellt die Kammer fest, dass die Verfahren ganz allgemein aufwendiger und komplexer geworden sind. Im Bereich der Aktenführung durch die Hauptvorinstanz ist in beiden Kammern keine wesentliche Besserung eingetreten.

Abteilungen IV und V

Es gelang den beiden Asylabteilungen, 3% mehr Beschwerden als im Vorjahr zu beurteilen. Da auch die Zahl der Eingänge um 10% stieg, konnte kein markanter Abbau der Pendenzen erfolgen (–5%). Am 1. Januar 2010 waren bei beiden Asylabteilungen insgesamt 363 Beschwerden hängig, welche vor dem 31. Dezember 2006 eingereicht worden waren, und 649 Beschwerden, eingereicht im Jahr 2007. Am Ende des Berichtsjahrs waren nur noch 32 (Eingang vor 2007) bzw. 180 (Eingang 2007) hängig, darunter nicht wenige, die aus unterschiedlichen Gründen noch gar keinem Entscheid zugeführt werden können. Überdurchschnittlich hohen Aufwand verursachten die zahlreichen Dublin-Verfahren, denn die Ende 2008 für die Schweiz in Kraft getretene Dublin-II-Verordnung warf viele neue Fragen auf. Ein Seminar zum Dublin-System bot den Richtern/-innen und Gerichtsschreibern/-innen der beiden Abteilungen Gelegenheit, sich über die neuesten rechtlichen Entwicklungen zu orientieren, Fragen zur Anwendung der Dublin-II-Verordnung zu stellen und diesbezügliche Erfahrungen auszutauschen.

Die Richterinnen und Richter der Abteilungen IV und V kamen zu acht gemeinsamen Sitzungen zusammen, die in erster Linie der Koordination ihrer Rechtsprechung dienten. Dabei wurden mehrere Urteile besprochen, welche anschliessend in der Entscheidsammlung BVGE publiziert wurden. Die vereinigten asylrechtlichen Abteilungen entschieden über die Anforderungen an die mündliche Eröffnung von Verfügungen im Asylverfahren, die Bedeutung des Nichteintretenstatbestandes bei Nichtabgabe von Reise- oder Identitätspapieren, die Anerkennung einer begründeten Furcht vor Verfolgung in der Türkei bei Bestehen eines politischen Datenblattes, den Asylwiderruf und die Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft, die Regelung betreffend sichere Drittstaaten, den wirksamen Rechtsschutz bei Dublin-Verfahren, die Auslegungskriterien und die direkte Anwendbarkeit von Bestimmungen der Dublin-II-Verordnung, die Souveränitätsklausel in Dublin-Verfahren sowie die Verbindlichkeit der publizierten Länderpraxis der Abteilungen IV und V für das Bundesamt für Migration. Zwei weitere publizierte Urteile enthalten eine ausführliche, in

Zusammenarbeit mit dem Dienst Länderexpertisen des Bereichs Wissen und Dokumentation des Bundesverwaltungsgerichts erstellte Analyse der Lage in Bangladesch und des Registrierungssystems in China. In regelmässig stattfindenden Sitzungen berieten die Präsidien der vier Kammern der beiden Asylabteilungen Koordinationsmassnahmen von geringerer Bedeutung, bereiteten die gemeinsamen Sitzungen der Abteilungen vor und sorgten für Übereinstimmung im administrativen Bereich.

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung im Zusammenhang mit acht Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen; es liess sich zu drei davon verlauten (Revision der Asyl- und Ausländerrechtgesetzgebung, Revision der Visa-Informationssystemverordnung VISV, Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen).

Koordination der Rechtsprechung

2010 wurden vier Koordinationsverfahren behandelt. Eine Rechtsfrage betraf alle Abteilungen (Koordination zum Thema «Neu entstandene Beweismittel als Revisions- oder Wiedererwägungsgrund»), drei die Abteilungen III, IV und V (Überschneidungen von Asylverfahren und ausländerrechtlichen Verfahren; Koordinationsurteil Kosovo/Serbien; Koordinationsurteil «Allgemeine Gewaltsituation in Afghanistan»). Zwei Verfahren («Neu entstandene Beweismittel als Revisions- oder Wiedererwägungsgrund» und «Allgemeine Gewaltsituation in Afghanistan») konnten noch nicht abgeschlossen werden. Im Hinblick auf die Ausarbeitung definitiver Richtlinien über die Koordination der Rechtsprechung hat die Präsidentenkonferenz beschlossen, die gestützt auf die provisorischen Richtlinien gesammelten Erfahrungen auszuwerten.

Gerichtsverwaltung

Generalsekretariat

Das Generalsekretariat und dessen Bereiche waren im Berichtsjahr erneut stark durch die Projekte Informatikplattformwechsel und St. Gallen (s. Projekt St. Gallen S. 82) beansprucht. Mit Blick auf die teilweise veränderten Rahmenbedingungen der Betriebsführung am neuen Standort in St. Gallen wurde die Reorganisation der Bereiche Zentrale Kanzlei sowie Betrieb und Logistik an die Hand genommen. Zusammen mit dem Institut für Geistiges Eigentum und in Absprache mit dem künftigen Präsidenten des Bundespatentgerichts wurden die notwendigen Vorarbeiten zur organisatorischen Anbindung des neuen Gerichts an das Bundesverwaltungsgericht aufgenommen. Das Bundespatentgericht wird seine Arbeit am 1. Januar 2012 in einem Provisorium in St. Gallen aufnehmen. Im Herbst 2012 wird es seinen definitiven Sitz im Gebäude des Bundesverwaltungsgerichts beziehen. Die Generalsekretärin verliess das Bundesverwaltungsgericht per Ende Oktober 2010. Ihre Funktion wurde interimistisch von ihrer Stellvertreterin übernommen.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 385 Personen tätig: 75 Richterinnen und Richter (64,75 Stellen), 201 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (165,70 Stellen), 45 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (38,10 Stellen) und 64 juristische, wissenschaftliche und administrative Mitarbeitende im Generalsekretariat (57,75 Stellen). Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich der Totalbestand um 2 Personen. 11,15 Stellenprozente sind bis Oktober 2011 befristet (UBS-Amtshilfeverfahren).

67,7 Prozent aller am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 24,5 Prozent französischer und 7,2 Prozent italienischer Muttersprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres 52,7 Prozent; bei den Richterinnen und Richtern 28 Prozent, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 54,7 Prozent, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 95,5 Prozent und im Generalsekretariat 45,3 Prozent. In Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad von 50–90 Prozent arbeiteten 52 Prozent der Richterinnen und Richter sowie 47,4 Prozent des nichtrichterlichen Personals.

48 Austritten standen 46 Neueintritte gegenüber. Die Fluktuationsrate betrug 12,4 Prozent; bei den Richterinnen und Richtern 1,3 Prozent, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 12,4 Prozent und beim übrigen Personal 19,3 Prozent. Der Umzug des Gerichts nach St. Gallen erschwert die Gewinnung von neuem Personal. Dies trifft vorab für Mitarbeitende französischer Muttersprache und nichtjuristisches Fachpersonal zu.

Finanzen und Controlling

Die Erfolgsrechnung weist einen Aufwandüberschuss von 67 926 599 Franken aus. Den Erträgen von 4 352 370 Franken stehen Aufwendungen von 72 278 969 Franken gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrertrag von 650 098 Franken zu verzeichnen, welcher auf die höher ausgefallenen Gebühren zurückzuführen ist. Zusätzlich wurden den Rückstellungen für aufgelaufene Zeitguthaben 28 900 Franken entnommen. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 2,797 Mio. Franken höher ausgefallen. 3,107 Mio. Franken entfallen auf den Personalaufwand, darunter 2,296 Mio. Franken für das nichtrichterliche und 0,751 Mio. Franken für das richterliche Personal. Sach- und übriger Betriebsaufwand nahmen um 210 705 Franken ab.

Für die Behandlung der UBS-Amtshilfeverfahren wurden im Berichtsjahr insgesamt 1 176 536 Franken aufgewendet. Dem stehen Gebührenerträge von 111 113 Franken gegenüber.

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 4 081 462 Franken aus, welche ausschliesslich den Informatikplattformwechsel und die juristische Dokumentation betreffen.

	Betrag in CHF
Ertrag	**4 352 370**
Gebühren	4 115 673
Entgelte	7 938
Übriger Ertrag	199 859
Entnahme Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	28 900
Aufwand	**72 278 969**
Personalaufwand	59 558 542
Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	41 019 073
Besoldung der Richter	18 111 359
Übriger Personalaufwand	428 110
Sach- und übriger Betriebsaufwand	12 720 427
Eidgenössische Schätzungskommissionen	122 244
Umzug nach St. Gallen	362 276
Raummiete	4 949 000
Informatik Sachaufwand	4 063 412
Beratungsaufwand	155 879
Übriger Betriebsaufwand	3 067 616
Investitionsausgaben	**4 081 462**
Informatikplattformwechsel	3 818 608
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	262 854

Informatik

Im Bereich Informatik stand im Berichtsjahr die Vorbereitung des IT-Plattformwechsels im Vordergrund. Ab 1. Januar 2011 werden die Informatikdienstleistungen nicht mehr vom Bundesgericht, sondern vom Bundesamt für Informatik und Telekommunikation erbracht. Als besonders zeitintensiv erwies sich der Aufbau des neuen Geschäftskontroll- und Dokumentationssystems. Zudem wurde nahezu die gesamte Informatikinfrastruktur (inklusive Netzwerk) ausgewechselt und der Internet- und Intranetauftritt des Gerichts grundlegend erneuert. Die finanziell und personell aufwendigen Arbeiten sind als Investition in eine optimale administrative und wissenschaftliche Unterstützung der Rechtsprechung anzusehen.

Wissen und Dokumentation

Der Bereich Wissen und Dokumentation befasste sich u.a. mit der Wahl eines neuen Verlages für die Herausgabe der Entscheidsammlung des Bundesverwaltungsgerichts (BVGE). Als zeitintensiv erwies sich auch die Ausarbeitung des Thesaurus BVGer für die Indexierung der Urteile im neuen Dokumentationssystem.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht verfolgt eine offene und transparente Informationspolitik. Die akkreditierten Journalisten werden von der Medienstelle kontinuierlich und ausführlich über die Urteile informiert. Das Augenmerk liegt auf jenen Verfahren, welche auf ein grosses Medienecho stossen, wie zum Beispiel das Amtshilfeverfahren UBS, die Vergabe von IT-Leistungen durch die Bundesverwaltung oder die Wegweisungspraxis im Dublin-Verfahren. Im Berichtsjahr hat die Anzahl akkreditierter Journalisten von 20 auf 30 zugenommen.

Im Rahmen der Optimierung der externen Kommunikation hat das Bundesverwaltungsgericht die «Richtlinie für die Kommunikation der Rechtsprechung» in einer provisorischen Fassung verabschiedet. Neu werden analog dem Bundesgericht die akkreditierten Journalisten in zwei Kreise eingeteilt. Dieses System ermöglicht eine gezielte Kommunikation der Rechtsprechung. Die Richtlinie wird ihre definitive Form nach der Verabschiedung des gemeinsamen Rahmenkonzeptes für die Kommunikation der drei eidgenössischen Gerichte erhalten.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Die Delegation für Enteignungsfragen der Abteilung I übt die Aufsicht über die eidgenössischen Schätzungskommissionen aus. Ihr gehören Richterin Claudia Pasqualetto Péquignot (Präsidentin), Richter André Moser und Gerichtsschreiber Cesar Röthlisberger (Sekretär) an. Die Delegation hat sich auch im laufenden Jahr mit der Frage der Organisation der Schätzungskommission des Kreises 10 (Kanton Zürich) beschäftigt. Um die Nachfolge des abtretenden Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten dieses Kreises zu regeln, wurden diese Ämter ausgeschrieben und neu besetzt. Zudem hat die Delegation verschiedene Aufsichtsverfahren eingeleitet. Es wird geprüft, ob im Hinblick auf die Organisation der eidgenössischen Schätzungskommissionen gesetzliche Änderungen erforderlich sind.

Zum ersten Mal führte das Bundesverwaltungsgericht eine Tagung der eidgenössischen Schätzungskommissionen durch. Eingeladen wurden alle Präsidentinnen und Präsidenten sowie Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten, aber auch Fachleute, die sich zum Thema «Erschütterungen» äusserten.

Bundesgericht

An der Aufsichtssitzung des Bundesgerichts vom 16. April in Luzern wurden der Geschäftsbericht 2009, die Rechnung 2009, der Voranschlag 2011 und die Zusammenarbeit im Bereich der Informatik thematisiert. Angesprochen wurde auch die vergleichsweise hohe Entlastung der Leitungsorgane des Bundesverwaltungsgerichts von den Rechtsprechungsaufgaben. In der anschliessenden gemeinsamen Sitzung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesstrafgerichts wurden insbesondere die Kommunikation der eidgenössischen Gerichte gegenüber den Medien und das Thema Tele- bzw. Heimarbeit an den eidgenössischen Gerichten diskutiert. An der Sitzung vom 8. September in Bern ging es vorab um die Ergebnisse des Zwischenberichts über die Evaluation der neuen Bundesrechtspflege.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht zwei Aufsichtsanzeigen ein. Diesen wurde keine Folge gegeben.

Bundesversammlung

Das Bundesverwaltungsgericht traf sich am 21. April und am 9. November mit den Subkommissionen Gerichte der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte. Gegenstand dieser Sitzungen waren der Geschäftsbericht 2009, die Heimarbeit der Richterinnen und Richter sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverwaltungsgerichts.

Anlässlich einer Sitzung der Gerichtskommission der eidgenössischen Räte konnte das Bundesverwaltungsgericht am 25. August zu den geplanten Handlungsgrundsätzen der Gerichtskommission im Verfahren der Amtsenthebung und der Wiederwahl der Richterinnen und Richter Stellung nehmen. Im Zusammenhang mit den im Frühling 2011 bevorstehenden Wahlen wurde der Kommission eine Liste mit den wieder kandidierenden Richterinnen und Richtern unterbreitet.

Die Löhne der Richterinnen und Richter waren am 14. Oktober Gegenstand einer Sitzung mit der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates gab dem Bundesverwaltungsgericht an ihrer Sitzung vom 30. August Gelegenheit, sich zur geplanten Revision des Asylgesetzes zu äussern.

In den Sitzungen vom 20. bzw. 27. Oktober mit den Subkommissionen der Finanzkommissionen des National- und Ständerates zum Voranschlag 2011 ging es vorab um den Stand des Projekts IT-Plattformwechsel, die Vorbereitung des Umzugs nach St. Gallen und den Stand der UBS-Amtshilfeverfahren.

Zusammenarbeit

Das Bundesstrafgericht und das Bundesverwaltungsgericht stehen in regelmässigem Kontakt. Anlässlich des jährlich stattfindenden Treffens der Verwaltungskommissionen fand ein Gedankenaustausch zu verschiedenen Themen statt, die für beide erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichte von Interesse sind. Eine enge Zusammenarbeit besteht insbesondere im Bereich der Informatik.

Projekt St. Gallen

Der Rohbau des Bundesverwaltungsgerichts wurde im Berichtsjahr vollendet und das Fest der Aufrichte am 29. Oktober durchgeführt. Der Kanton St. Gallen hat dem Gericht das verbindliche Datum der Übernahme des Gebäudes auf den 1. Januar 2012 mitgeteilt, sodass die gesamten Planungen des Umzugs definitiv auf den Juni 2012 festgelegt werden konnten.

Unter der Begleitung der Nutzer haben die Architekten den Innenausbau geplant und in die Bauausführung gegeben. Auf der Seite der Nutzer bildete die Ausschreibung des Mobiliars ein besonderes Schwergewicht; es wurde dafür ein eigenes Beurteilungsgremium geschaffen, in dem das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), die Architekten und Vertreter des Gerichts Einsitz genommen haben. Die Nutzergruppe des Gerichts hat das Gebäude am 23. März besucht. Eine offene Besichtigung für alle Mitarbeitenden und deren Angehörige wurde am 18. September durchgeführt.

Der Lenkungsausschuss ist im Berichtsjahr zweimal zusammengekommen. Der Projektausschuss hat im Berichtsjahr viermal getagt und sich über die Zeitplanung sowie die Kosten orientieren lassen. Zudem wurde über Details der Planung und der Bauausführung entschieden.

Die Personalabteilung des Gerichts hat eine Anlaufstelle für alle Fragen im Zusammenhang mit dem Umzug nach St. Gallen eingerichtet. In zwei internen Veranstaltungen (im Frühjahr in Bern auf Deutsch und im Herbst in St. Gallen auf Französisch) hatten die Mitarbeitenden Gelegenheit, sich näher zu informieren.

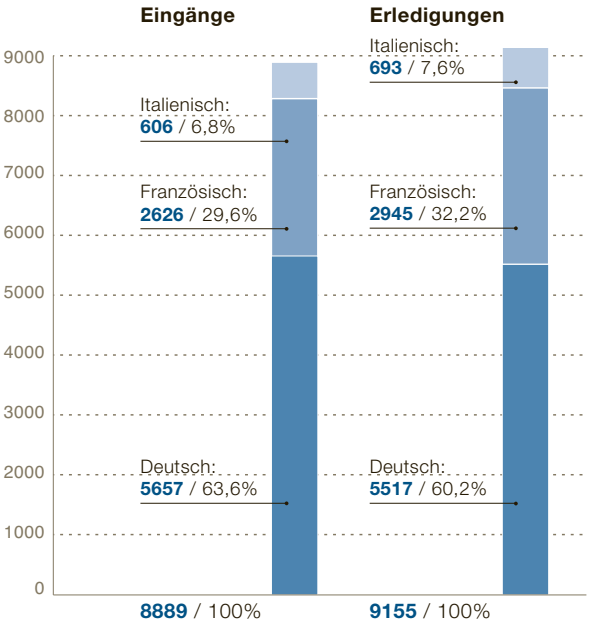
Geschäftslastbewirtschaftung

Mit dem Ziel, Erkenntnisse für eine gerechte und effektive Verteilung der Ressourcen auf die Abteilungen zu gewinnen, sind die Universitäten Bern und St. Gallen in einem gemeinsamen Projekt mit einer Studie beauftragt worden, welche die in den verschiedenen Bereichen und Fallkategorien tatsächlich anfallende Arbeitsbelastung erheben soll. Dazu wurde zum einen in einer durch die Universität Bern (Kompetenzzentrum für Public Management) durchgeführten Vollzeiterhebung von allen Richterinnen und Richtern sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern die während sieben Monaten (Januar bis Juli) geleistete Arbeitszeit nach bestimmten Kategorien und Funktionen erfasst. Zum anderen führte ein Expertenteam der Universität St. Gallen mit ausgewählten Personen vertiefende Interviews zur Arbeitssituation durch. Die Ergebnisse der Auswertungen werden im Mai 2011 dem Plenum vorgestellt werden; der definitive Schlussbericht der Studie ist für Juni 2011 vorgesehen.

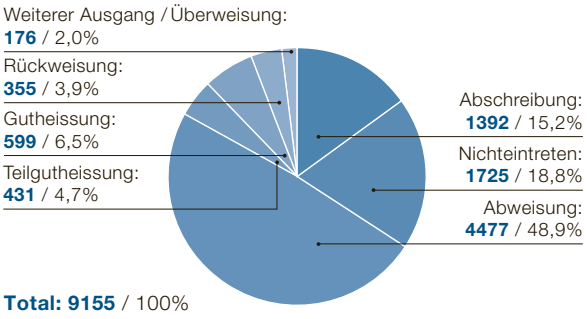
Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingang 2009	Erledigung 2009	Übertrag von 2009	Eingang 2010	Erledigung 2010	Übertrag auf 2011	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Teil-gutheissung	Gutheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	7839	8894	6847	8513	8773	6587	1363	1588	4382	426	588	343	33	50
Klagen	8	7	5	2	1	6	1	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	96	100	9	152	154	7	9	25	13	4	5	6	37	55
Revisionsgesuche usw.	209	211	74	222	227	69	19	112	82	1	6	6	–	1
Total	**8152**	**9212**	**6935**[1]	**8889**	**9155**[2]	**6669**	**1392**	**1725**	**4477**	**431**	**599**	**355**	**70**	**106**

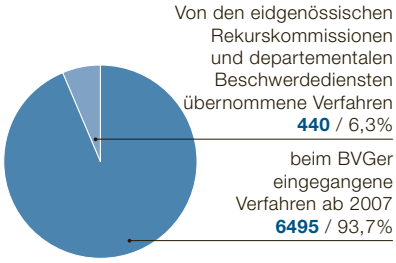
Streitsachen nach Sprachen 2010



Art der Erledigung 2010

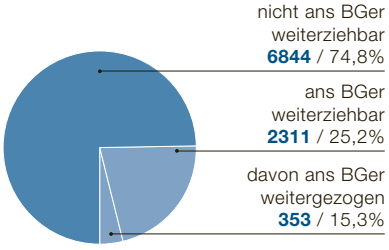


[1] Übertrag von 2009: 6935*

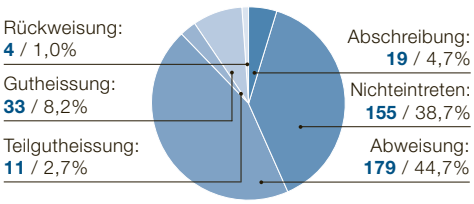


* Die Differenz zu den übertragenen Verfahren gemäss Geschäftsbericht 2009 ist durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen usw.)

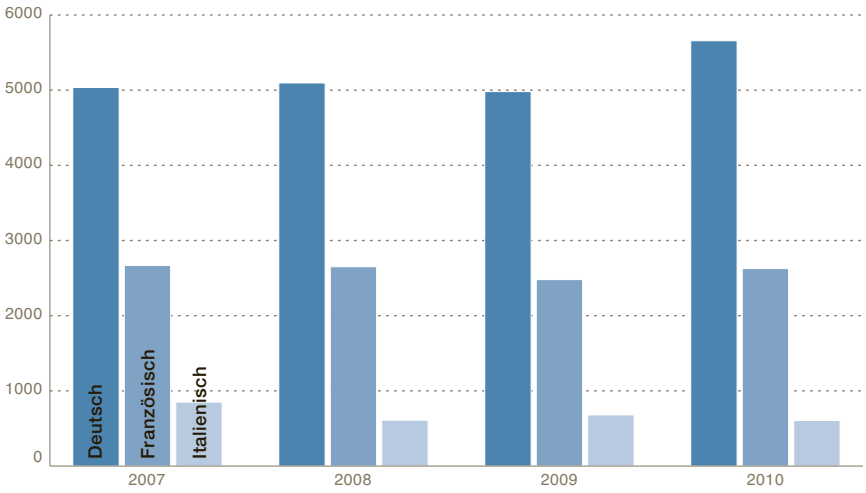
[2] Erledigung 2010: 9155



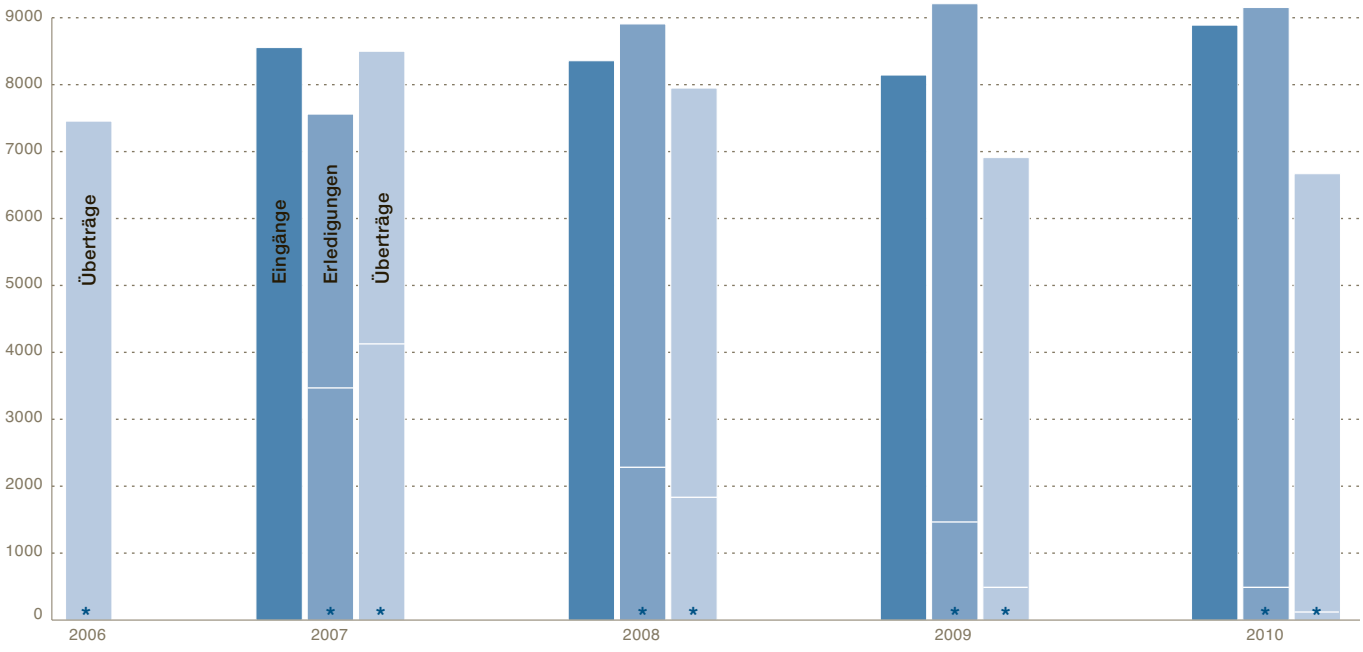
Erledigung der weitergezogenen Verfahren:



Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



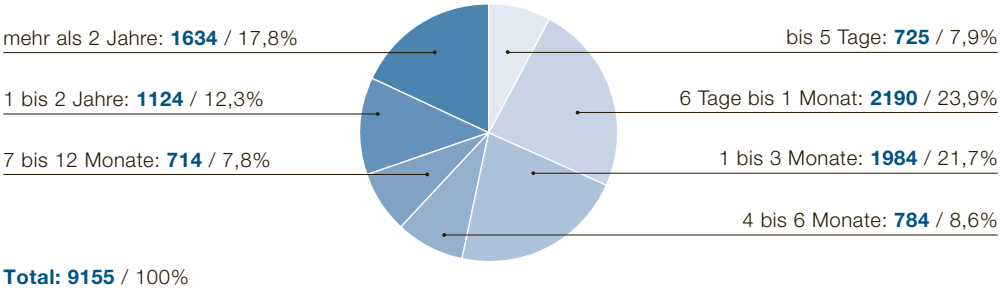
Eingänge, Erledigungen, Überträge



* Von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren

Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2010
Beschwerden	610	2045	1906	771	706	1115	1620	**8773**
Klagen	–	–	–	–	–	1	–	**1**
Andere Rechtsmittel	84	41	25	1	–	1	2	**154**
Revisionsgesuche usw.	31	104	53	12	8	7	12	**227**
Total	**725**	**2190**	**1984**	**784**	**714**	**1124**	**1634**	**9155**



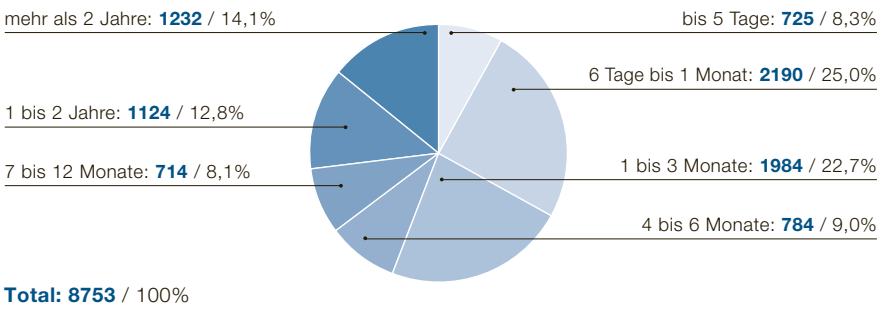
Total: 9155 / 100%

Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen
Beschwerden	334	3284	398	3274
Klagen	625	625	403	645
Andere Rechtsmittel	30	1066	87	416
Revisionsgesuche usw.	128	2276	372	1961

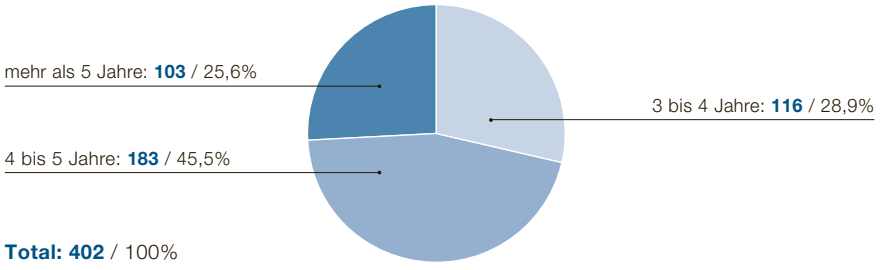
Dauer der Geschäfte
(nur Bundesverwaltungsgericht; Verfahrenseingang ab 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

	Eingang BVGer 2010	Erledigung 2010	Dauer der Geschäfte: bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Mittlere Dauer Tage	Maximale Dauer Tage
Beschwerden	8513	**8376**	610	2045	1906	771	706	1115	1223	270	1435
Klagen	2	**1**	–	–	–	–	–	1	–	625	625
Andere Rechtsmittel	152	**154**	84	41	25	1	–	1	2	30	1066
Revisionsgesuche usw.	222	**222**	31	104	53	12	8	7	7	93	1313
Total	**8889**	**8753**	**725**	**2190**	**1984**	**784**	**714**	**1124**	**1232**		



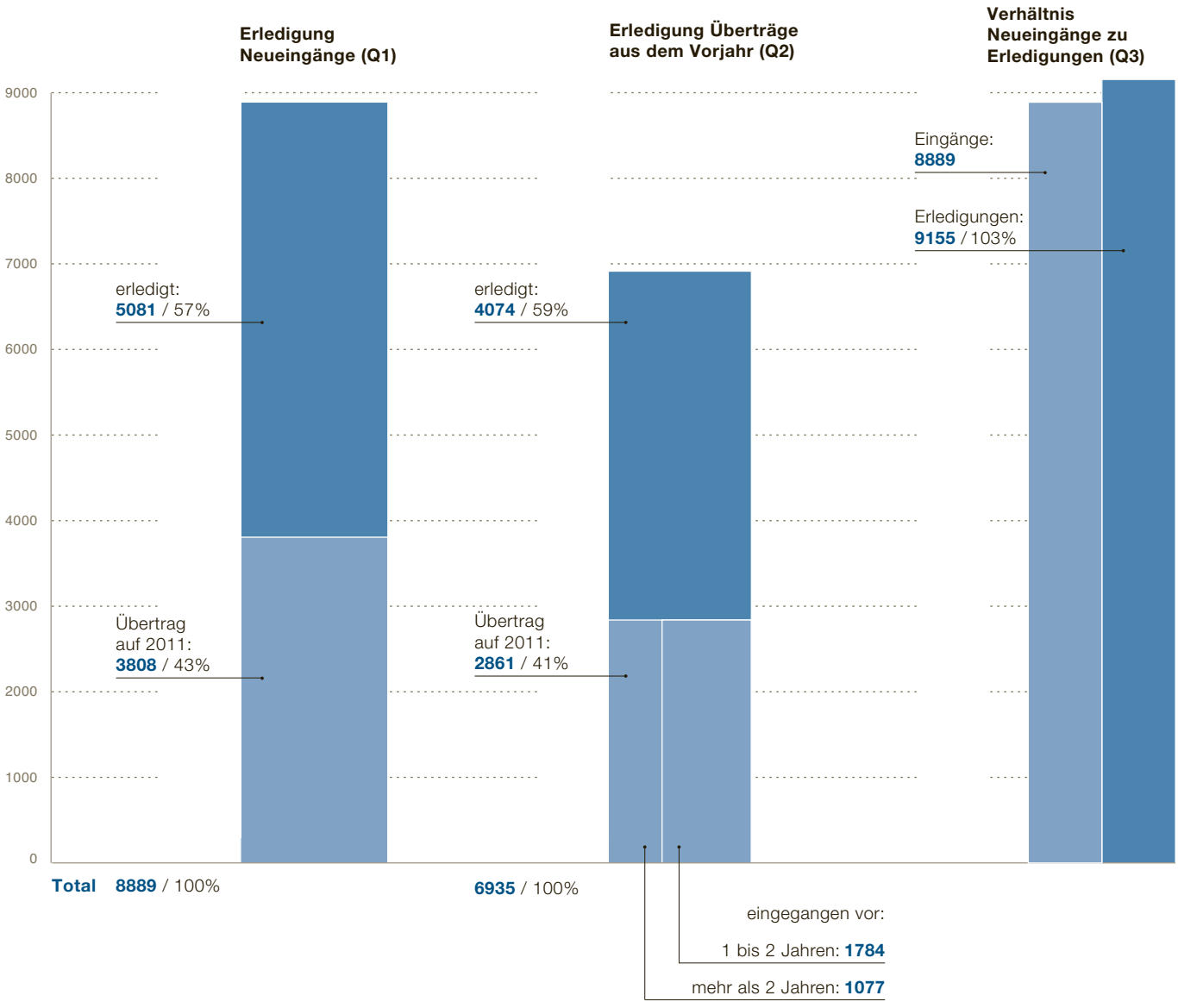
Dauer der Geschäfte
(von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren; Verfahrenseingang vor 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

	übernommene Verfahren	Erledigung 2010	Dauer der Geschäfte: 3 bis 4 Jahre	4 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Mittlere Dauer Tage	Maximale Dauer Tage
Beschwerden	434	**397**	115	180	102	1678	3284
Revisionsgesuche usw.	6	**5**	1	3	1	1674	2276
Total	**440**	**402**	**116**	**183**	**103**		



Erledigungsquotienten

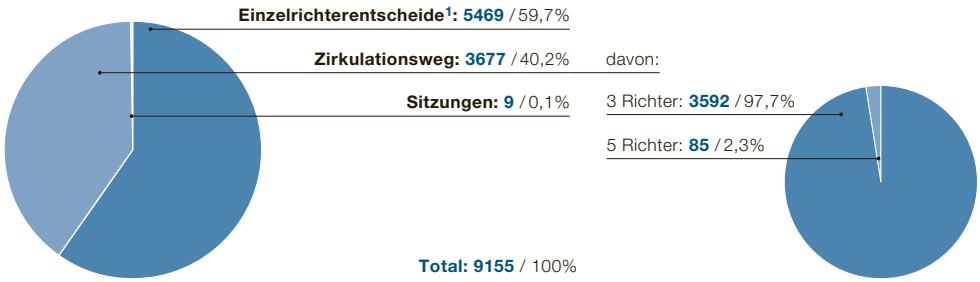
	Erledigung Neueingänge (Q1)			Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)			Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen (Q3)		
	Neueingang 2010	davon Erledigung 2010	davon Übertrag auf 2011	Übernommene Geschäfte von 2009	davon Erledigung 2010	davon Übertrag auf 2011	Neueingang 2010	Erledigung 2010	
Abteilung I	**954**	418 (44%)	536 (56%)	**543**	406 (75%)	137 (25%)	954	824	(86%)
Abteilung II	**373**	185 (50%)	188 (50%)	**440**	219 (50%)	221 (50%)	373	404	(108%)
Abteilung III	**2373**	930 (39%)	1443 (61%)	**2524**	1629 (65%)	895 (35%)	2373	2559	(108%)
Abteilung IV	**2897**	2046 (71%)	851 (29%)	**1696**	1046 (62%)	650 (38%)	2897	3092	(107%)
Abteilung V	**2292**	1502 (66%)	790 (34%)	**1732**	774 (45%)	958 (55%)	2292	2276	(99%)
Total	**8889**	**5081** (57%)	**3808** (43%)	**6935**	**4074** (59%)	**2861** (41%)	**8889**	**9155**	(103%)



Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidfindung)

	Einzelrichter-entscheide	Zirkulationsweg			Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	**5204**	3476	84	**3560**	8	1	**9**
Klagen	**1**	–	–	**–**	–	–	**–**
Andere Rechtsmittel	**125**	28	1	**29**	–	–	**–**
Revisionsgesuche usw.	**139**	88	–	**88**	–	–	**–**
Total	**5469**[1]	**3592**	**85**	**3677**	**8**	**1**	**9**

Art der Erledigung

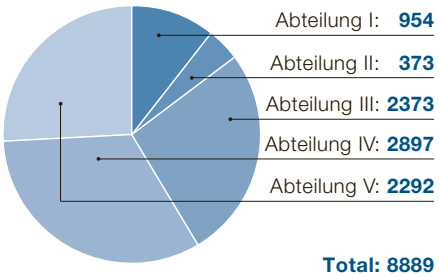


[1] Darin enthalten sind 2096 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

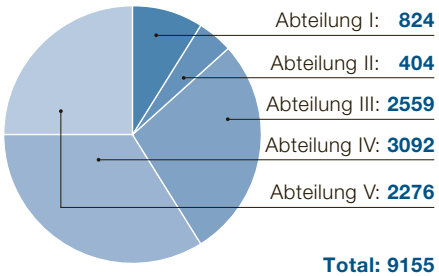
Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2009	Eingang 2010	Erledigung 2010	Übertrag auf 2011
Abteilung I				
Beschwerden	542	944	816	670
Klagen	1	–	–	1
Andere Rechtsmittel	–	9	8	1
Revisionsgesuche usw.	–	1	–	1
Total	**543**	**954**	**824**	**673**
Abteilung II				
Beschwerden	434	359	390	403
Klagen	4	2	1	5
Andere Rechtsmittel	2	12	13	1
Total	**440**	**373**	**404**	**409**
Abteilung III				
Beschwerden	2518	2357	2542	2333
Andere Rechtsmittel	2	9	10	1
Revisionsgesuche usw.	4	7	7	4
Total	**2524**	**2373**	**2559**	**2338**
Abteilung IV				
Beschwerden	1667	2709	2900	1476
Andere Rechtsmittel	3	67	67	3
Revisionsgesuche usw.	26	121	125	22
Total	**1696**	**2897**	**3092**	**1501**
Abteilung V				
Beschwerden	1686	2144	2125	1705
Andere Rechtsmittel	2	55	56	1
Revisionsgesuche usw.	44	93	95	42
Total	**1732**	**2292**	**2276**	**1748**
Gesamttotal	**6935**	**8889**	**9155**	**6669**

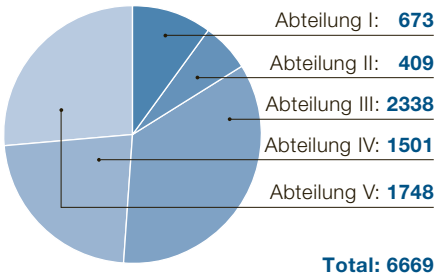
Eingang 2010



Erledigung 2010



Übertrag auf 2011



Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (4-Jahres-Vergleich)

	Eingang				Erledigung			
Abteilung I	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Beschwerden	611	736	490	944	618	697	793	816
Klagen	1	4	1	–	–	1	4	–
Andere Rechtsmittel	10	9	8	9	8	5	15	8
Revisionsgesuche usw.	4	3	–	1	3	4	–	–
Total	**626**	**752**	**499**	**954**	**629**	**707**	**812**	**824**
Abteilung II								
Beschwerden	426	560	411	359	390	448	373	390
Klagen	–	–	7	2	1	–	3	1
Andere Rechtsmittel	–	1	3	12	–	1	1	13
Revisionsgesuche usw.	2	1	3	–	1	2	3	–
Total	**428**	**562**	**424**	**373**	**392**	**451**	**380**[1]	**404**[3]
Abteilung III								
Beschwerden	3494	2766	2513	2357	2760	2891	2808	2542
Andere Rechtsmittel	15	17	6	9	14	15	9	10
Revisionsgesuche usw.	9	13	11	7	8	14	9	7
Total	**3518**	**2796**	**2530**	**2373**	**2782**	**2920**	**2826**[2]	**2559**[4]
Abteilung IV								
Beschwerden	2118	2182	2532	2709	1993	2495	2864	2900
Andere Rechtsmittel	58	49	44	67	56	53	41	67
Revisionsgesuche usw.	94	102	102	121	120	118	110	125
Total	**2270**	**2333**	**2678**	**2897**	**2169**	**2666**	**3015**	**3092**
Abteilung V								
Beschwerden	1600	1756	1893	2144	1439	2000	2056	2125
Andere Rechtsmittel	42	56	35	55	44	55	34	56
Revisionsgesuche usw.	89	112	93	93	96	116	89	95
Total	**1731**	**1924**	**2021**	**2292**	**1579**	**2171**	**2179**	**2276**
Gesamttotal	**8573**	**8367**	**8152**	**8889**	**7551**	**8915**	**9212**	**9155**

[1] exkl. 52 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme für die Abteilung III erledigt wurden.
[2] inkl. 52 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme von der Abteilung II erledigt wurden.
[3] exkl. 34 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme für die Abteilung III erledigt wurden.
[4] inkl. 34 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme von der Abteilung II erledigt wurden.

Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

Staat – Volk – Behörden	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
140.00 Bürgerrecht	88	–	1	1	–	90
141.00 Ausländerrecht	977	–	4	5	–	986
142.10 Asylverfahren	4985	–	116	220	–	5321
142.50 Asyl Verschiedenes	70	–	1	–	–	71
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	2	–	–	–	–	2
144.00 Ausweisschriften	108	–	–	–	–	108
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	4	–	–	–	–	4
170.00 Staatshaftung (Bund)	42	–	–	–	–	42
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	20	–	–	–	–	20
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	47	–	1	–	–	48
195.00 Amts- und Rechtshilfe	197	–	1	–	–	198
Total Staat – Volk – Behörden	**6540**	**–**	**124**	**226**	**–**	**6890**
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung						
210.10 Stiftungsaufsicht	2	–	–	–	–	2
210.20 Adoptionsvermittlung	–	–	–	–	–	–
221.10 Revisionsaufsicht	21	–	–	–	–	21
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	1	–	–	–	–	1
232.10 Urheberrecht	–	–	–	–	–	–
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	92	–	–	–	–	92
232.50 Erfindungspatente	3	–	1	–	–	4
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	10	–	3	–	–	13
251.00 Kartelle	10	–	–	–	–	10
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	**139**	**–**	**4**	**–**	**–**	**143**
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug						
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	–	–	–	–	–	–
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	1	–	–	–	–	1
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	**1**	**–**	**–**	**–**	**–**	**1**
Schule – Wissenschaft – Kultur						
410.00 Schule	69	–	1	–	–	70
420.00 Wissenschaft und Forschung	16	–	–	–	–	16
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	4	–	–	–	–	4
450.00 Natur- und Heimatschutz	4	–	–	–	–	4
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	**93**	**–**	**1**	**–**	**–**	**94**
Landesverteidigung						
500.00 Landesverteidigung	**12**	**–**	**–**	**–**	**–**	**12**
Finanzen						
610.00 Subventionen	6	–	–	–	–	6
630.00 Zölle	50	–	–	–	–	50
641.00 Stempelabgaben	6	–	–	–	–	6
641.99 Indirekte Steuern	132	–	1	–	–	133
643.00 Mehrwertsteuer	117	–	–	–	–	117
650.00 Schwerverkehrsabgabe	12	–	1	–	–	13
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	3	–	–	–	–	3
650.99 Direkte Steuern	9	–	–	–	–	9
654.00 Verrechnungssteuer	26	–	–	–	–	26
699.00 Finanzen (Übriges)	2	–	–	–	–	2
Total Finanzen	**231**	**–**	**1**	**–**	**–**	**232**

Öffentliche Werke – Energie – Verkehr	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
711.00 Enteignung	12	–	–	–	–	12
725.00 Nationalstrassen	18	–	–	–	–	18
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	10	–	–	–	–	10
730.20 Elektrische Anlagen	62	–	–	–	–	62
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	8	–	–	–	–	8
742.00 Eisenbahnen	48	–	–	–	–	48
748.10 Luftfahrtanlagen	3	–	–	–	–	3
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	25	–	–	–	–	25
749.00 Übrige Anlagen	4	–	–	–	–	4
783.00 Post, Fernmeldewesen	36	–	–	–	–	36
785.00 Radio und Fernsehen	41	–	2	–	–	43
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	3	–	–	–	–	3
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	**270**	**–**	**2**	**–**	**–**	**272**

Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit						
810.10 Medizin und Menschenwürde	–	–	–	–	–	–
810.20 Medizinalberufe	3	–	1	–	–	4
810.30 Heilmittel	22	–	–	–	–	22
810.40 Chemikalien	9	–	–	–	–	9
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	7	–	–	–	–	7
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	2	–	–	–	–	2
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	1	–	–	–	–	1
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	44	–	–	–	–	44
830.00 Sozialversicherung	1270	1	3	1	–	1275
830.10 Sozialversicherung AT	15	–	–	–	–	15
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	144	–	1	–	–	145
830.40 Invalidenversicherung (IV)	945	–	2	1	–	948
830.50 Krankenversicherung	27	–	–	–	–	27
830.60 Unfallversicherung	22	–	–	–	–	22
830.70 Berufliche Vorsorge	107	–	–	–	–	107
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	–	–	–	–	–	–
830.90 Familienzulagen	–	–	–	–	–	–
830.95 Arbeitslosenversicherung	10	1	–	–	–	11
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	3	–	–	–	–	3
850.00 Fürsorge	23	–	–	–	–	23
Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit	**1384**	**1**	**4**	**1**	**–**	**1390**

Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit						
910.00 Landwirtschaft	48	–	–	–	–	48
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	–	–	–	–	–	–
930.00 Industrie und Gewerbe	15	–	–	–	–	15
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	15	–	–	–	–	15
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	34	–	10	–	–	44
950.20 Finanzmarktaufsicht	27	–	1	–	–	28
990.99 Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit (Übriges)	–	–	–	–	–	–
Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit	**97**	**–**	**10**	**–**	**–**	**107**

999.00 Übriges	**6**	**–**	**8**	**–**	**–**	**14**

Gesamttotal	**8773**	**1**	**154**	**227**	**–**	**9155**

Vergleichstabelle: Kennzahlen des Bundesgerichts, Bundesstrafgerichts und Bundesverwaltungsgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)

	Bundesgericht	Bundesstrafgericht[1]	Bundesverwaltungsgericht
Anzahl Richter/innen	38,00	14,50	64,75
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	127,00	17,60	165,70
Anzahl übrige Mitarbeitende	152,40	17,80	95,85

Geschäftslast

Bestand am Anfang des Jahres	2231	196	6935
Anzahl Eingänge	7367	706	8889
Anzahl Erledigungen	7424	718	9155
Bestand am Ende des Jahres	2174	184	6669
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	126	–	324
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	5	1	1113
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2010 eingegangenen Fällen	71%	74%	57%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2010 erledigten Fälle	98%	99%	59%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	101%	102%	103%

Finanzen

Erfolgsrechnung			
Ertrag	**16 533 312**	**1 733 283**	**4 352 370**
Aufwand	**90 733 626**	**11 235 570**	**72 278 969**
Personalaufwand	75 300 108	9 004 946	59 558 542
Sach- und übriger Betriebsaufwand	14 630 036	2 224 270[2]	12 720 427
Einlage in Rückstellungen	220 000	–	–
Abschreibung Verwaltungsvermögen	583 482	6354	–
Investitionsrechnung			
Einnahmen	**–**	**–**	**–**
Ausgaben	**993 033**	**30 500**	**4 081 462[3]**
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	993 033	**30 500**	**262 854**
Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	**18,02%**	**15,38%**	**5,70%**
Besonderes			
Unentgeltliche Rechtspflege	645 613	469 347	122 506
Informatik-Sachaufwand	2 791 760	265 796	4 063 412
Raummiete	6 893 000	553 600	4 949 000

[1] ohne Untersuchungsrichter
[2] davon 824 170 für Strafverfahren
[3] davon 3 818 608 für Informatik-Plattformwechsel

Herausgeber: **Bundesgericht**

Av. du Tribunal fédéral 29
CH-1000 Lausanne 14
Telefon 021 318 91 11
direktion@bger.ch
www.bger.ch

Schweizerhofquai 6
CH-6004 Luzern
Telefon 041 419 35 55

Bundesstrafgericht
Postfach 2720
CH-6501 Bellinzona
Telefon 091 822 62 62
info@bstger.admin.ch
www.bstger.ch

Bundesverwaltungsgericht
Schwarztorstrasse 59
Postfach
CH-3000 Bern 14
Telefon 058 705 26 26
info@bvger.admin.ch
www.bvger.ch

Gestaltung und Satz: Jeanmaire & Michel AG; www.agentur.ch

Diese Publikation ist auch in Französisch und Italienisch erhältlich;
sie ist mit einer ausgefüllten Klebeadresse gratis zu beziehen über die Kurzanschrift
Bundesgericht, CH-1000 Lausanne 14, oder via kanzlei@bger.ch zu bestellen.

ISSN 1663-1331
Form 104.611.d

02/2011 2100